

Bilderberger-Meeting 2016 in Dresden

Jedes Jahr finden sich internationale Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Kultur zum Bilderberger-Meeting zusammen um hinter verschlossenen Türen über aktuelle Themen des Weltgeschehens zu diskutieren. In diesem Jahr ist Dresden der Tagungsort und das Hotel Taschenbergpalais, in dem der Kongress stattfindet, vom 8.-12. Juni zu einer Hochsicherheitsfestung avanciert. Die Sicherheit hat oberstes Gebot, wenn sich der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, IWF-Chefin Christine Lagarde, der ehemalige Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso, CEO von Royal Dutch Shell Ben van Beurden und weitere 130 international renommierte Personen zusammensetzen um über die politische Situation in den USA, die Zukunft Europas, die Lage im Nahen Osten, Cyber-Security und Zukunftstechnologien zu reden. Seit Beginn der Woche laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren um die Bannmeile rund um das Taschenbergpalais einzurichten. Gleichermaßen auf Hochtouren laufen die Vorbereitungen derer, die sich gegen das 64. Treffen von hochrangigen Wirtschaftsführern, Politikern und Medienvertreter aussprechen und eine Verschwörung zur Erlangung der Weltherrschaft vermuten. Bis zu 600 Polizisten werden im Einsatz sein um einen reibungslosen Verlauf zu garantieren und sicherzustellen, dass die Gegendemonstrationen und die damit einhergehenden Veranstaltungen in dem angekündigten friedlichen Rahmen stattfinden. Darüber hinaus ist auch der Luftraum für Drohnen und Hobbypiloten gesperrt um unvorhersehbaren Eingriffen vorzubeugen.

Ob im Verlauf der Tagung tatsächlich nur die offiziell bekanntgegebenen Themen diskutiert werden oder nicht auch, wie von Bilderberger-Gegnern behauptet, festgelegt wird, wer der

oder die nächste US-Präsident/in bzw. Bundesdeutsche Präsident/in wird, bleibt wie so vieles Gegenstand von Spekulationen. Aufgrund der, den Teilnehmern der Tagung auferlegte Geheimhaltung und der daraus resultierenden Spekulationen werden Kritiker des Bilderberger-Meetings gern in die Ecke Verschwörungstheoretiker gesteckt. Dagegen spricht jedoch, dass sich die, trotz der Versuche der Geheimhaltung an die Öffentlichkeit gelangten Entscheidungen im Nachhinein als wahr entpuppten. Zudem haben in den vergangenen Jahren immer öfter auch die offiziellen Medien ihre Berührungängste mit diesem Thema abgelegt und informieren ihre Leserschaft diesbezüglich recht ausführlich. Auch die Geheimhaltung seitens der Bilderberger hat sich gelockert, sodass im Gegensatz zu den vergangenen Jahren die Teilnehmerlisten und Themen der Tagesordnung im Vorfeld veröffentlicht wurden. Ob dies jedoch geschieht um Spekulationen entgegenzuwirken und ob die gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen entzieht sich nach wie vor der öffentlichen Kenntnis. Berechtigte Kritik besteht nach wie vor daran, dass die Steuerzahler für die Sicherheitsmaßnahmen des als private Veranstaltung deklarierte Meetings zur Kasse gebeten werden.

Alle, die den Teilnehmern und dem Bilderberger-Meeting kritisch gegenüberstehen, haben die Möglichkeit, wenn auch zum Teil nur in begrenztem Ausmaß, ihren Unmut kund zu tun. Veranstaltungen finden an allen Tagen der Konferenz statt und sind den sozialen Medien zu entnehmen. Die Hauptveranstaltung beginnt am Samstag den 11. Juni um 13 Uhr.

[Verständnis \(Vorwort Ausgabe](#)

26)

»Werte Fahrgäste, aufgrund einer technischen Störung ist der Zugverkehr auf der Linie 1 unregelmäßig. Wir bitten Sie um Verständnis für die Verzögerungen.«

So geschehen am 22. August 2013 um 12.25 Uhr auf dem U-Bahnhof Schlesisches Tor in Berlin-Kreuzberg. Manchmal ist es nur ein Satz, der einen Gedanken anregt. In diesem Fall war es sogar nur ein Wort: Verständnis. Ein Mal mehr wurde ich angehalten Verständnis für etwas zu haben. Verständnis soll ich immer wieder haben. Verständnis für eine zu spät fahrende U-Bahn, Verständnis für Fehler in der Personalplanung bei der Bahn, Verständnis für geistig minderbemittelte Polizisten, die in »starken Stresssituationen« Jugendliche, Behinderte und Senioren verprügeln, Verständnis für Manager, die ihre Mitarbeiter ausbeuten, Verständnis für die wieder ausbezahlten Bonis für Banker von systemrelevanten Banken, Verständnis für die Machenschaften der Konzerne und nicht zu guter Letzt soll ich auch noch Verständnis für Politiker aufbringen, die ihren Aufgaben nicht im Ansatz nachkommen und unser Volksvermögen verzocken.

Stets wird versucht Missgeschick, Dummheit und Unfähigkeit mit noch so weit an den Haaren herbeigezogenen Ausreden und Argumenten zu entschuldigen und die Öffentlichkeit darum gebeten (falsches!) Verständnis zu haben. »Ich wusste nicht«, »ich konnte nicht«, »ich hatte ja keine Ahnung« sind noch die ehrlichsten Kommentare. Jedoch, wenn jemand »nicht weiß«, »nicht kann« oder »keine Ahnung hat«, sollte er es sein lassen. Das gilt für Manager, Berater, Banker, Polizisten, Politiker und alle anderen.

Die Regimeelite, Vorstandsetagen von Unternehmen und Konzerne quillen über von Leuten wie Schröder, von der Leyen und de Maiziére, die alle samt nichts »wissen«, nichts »können« und »keine Ahnung« haben. Überall lungern lauter kleine Wowereits,

Wulffs und Ackermänner herum. Die Liste mit systemrelevanten Menschen, die durch ihr Tun stets in Verlegenheit kommen die Öffentlichkeit um Verständnis bitten zu müssen, ist endlos lang.

Bittet jedoch im umgekehrten Fall der Kunde oder Bürger um Verständnis beim Regime oder den Konzernen, ist die Resonanz zumeist negativ und er wird behandelt, wie der letzte Dreck, handeln Regime und Konzerne wie der, einst von Klaus Kinski beschriebene Jesus Christus: »Er hat eine Peitsche genommen und hat ihm in die Fresse gehauen.« Selbst wenn das Volk seinen Willen per Volksentscheid äußern soll, beugt das Regime das Recht, um die eigenen Interessen durchzusetzen und verlangt erneut Verständnis für diese Rechtsbeugungen. Die Zeit für Verständnis ist vorbei. Ich habe kein Verständnis mehr für zerschredderte NSU-Akten, für 600 Millionen Euro, die für ein flugunfähiges Fluggerät ausgegeben wurden, für Banken-Rettungsfonds, für menschenverachtend handelnde Konzerne, kein Verständnis mehr für Geheimdienstaktionen, die zu meine Sicherheit durchgeführt werden, mich aber nur in meiner Freiheit einschränken.

Wir können uns auch nach diesen Wahlen wieder ganz sicher sein, dass es heißt: »Wir bitten um Verständnis dafür, dass nicht jedes vor den Wahlen gegebene Wahlversprechen auch eingehalten werden kann.«

Olly´s Kommentar: "So wahr mir Gott helfe" – Wann der

Meineid straffrei bleibt

„...so wahr mir Gott helfe“ – mit diesen Worten beschließen Amts- und Würdenträger wie Minister, Bundesbeamte und Richter ihren Eid, der sich darauf bezieht, dass der Eid Leistende schwört, mit seiner Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen, dessen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm abzuwenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und zu verteidigen, seine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Dass dieser Eid für den Arsch ist, wissen jedoch nur die wenigsten. Das dumme Grinsen derjenigen, die im Blitzlichtgewitter der Presse den Amtseid abgelegt haben, rührt nicht von der Freude das Vertrauen des Volkes erhalten zu haben, um in dessen Namen den Staat mitgestalten zu dürfen, sondern vielmehr aus dem Grund, dass, wenn man nur lange genug im Amt verbliebe, eine, für normalsterbliche, unerreichbare Pensionszahlung sicher ist.

Auf vielen Internetseiten stellen Leute die Frage nach der strafrechtlichen Verfolgung von Meineid durch Betrug im Amt wie die Verschwendung von Steuergeldern. Der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, beantwortete dies, als er einem Rentner auf die Frage, ob der Amtseid nur so eine Art „Kneipeneid“ sei, antwortete, mit dem Amtseid solle nur „grundsätzlich die vollkommene Identifizierung des Gewählten mit der in der Verfassung niedergelegten Wertungen und Aufgaben bekräftigt werden“ (Quelle:Der Spiegel 44/2000). Der deutlich konservativ ausgerichtete Maunz-Düring Kommentar, findet ebenfalls deutliche Worte: „Wie sämtliche Amtseide, die im deutschen öffentlichen Recht vorgesehen sind, ist auch der Amtseid des Bundespräsidenten in keiner denkbaren Beziehung strafbewehrt, etwa im Sinne, dass eine flagrante Verletzung der im Eid übernommenen Verpflichtungen als Meineid oder Ähnliches gewertet würden.“ Der feierlich geleistete Eid wird als „moralische Selbstverpflichtung“ oder „ethische Selbstverpflichtung“ bezeichnet.

Selbstverständlich gelten die Gesetze auch für die Regimeelite, jüngste Beispiele verdeutlichen dies. Erst im Februar wurde Niedersachsens Justizminister Bernd Busemann mit über 0,8 Promille Alkohol im Blut, am Steuer seines Dienstwagens ertappt. Busemann drohen nun ein Monat Fahrverbot, 500 Euro Bußgeld und Punkte in Flensburg. Dass er in der Vergangenheit eine 0,3 Promille Grenze befürwortete und er 2010 an Autofahrer appellierte, das Auto bei Alkoholgenuss stehen zu lassen, wird ihm nun hämisch angelastet.

Vermutlich um die Bevölkerung zu beschützen, wird Linken-Fraktionschef Gregor Gysi, wegen eines eventuellen Meineides aus dem Jahr 2011 an den medialen Pranger gestellt. Ob er nun Informationen an die Staatssicherheit weiter geleitet hat, sei dahingestellt. Niemand hinterfragt jedoch nur eine Sekunde die politische Karriere unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel in der DDR. Ganz gleich wie der Fall Gysi ausgeht, für die Allgemeinheit sind die Schäden, die die wahren Volksverräter im Amt zu verantworten haben, ungleich größer und müssten von daher ungleich schärfer juristisch verfolgt werden, als einige, wenn sie denn stattgefunden haben, durchaus menschlich verwerfliche Informationsweiterleitungen.

Neben den medial ausgeschlachteten und breit getretenen Milliarden Gräbern, Flughafen Berlin Willy Brandt und Stuttgarter Hauptbahnhof, gibt es weitere, von dem Regime zu verantwortende Steuerverschwendungen, die ganz offensichtlich den nicht strafrechtlich zu verfolgenden Taten zugeordnet werden müssen. Die Elbphilharmonie in Hamburg sollte ursprünglich 77 Millionen Euro kosten. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtete am 2. Februar 2013, dass der Gesamtpreis noch im selben Monat auf 575 Millionen Euro ansteigen werde. Die beteiligte Baufirma Hochtief, sowie das Architektenbüro Herzog & de Meuron werden nach eigenen Angaben das Projekt mit Verlusten abschließen. Kaum vorstellbar, wenn man bedenkt, dass allein die Architekten 93,9 Millionen Euro erhalten. Vor drei Jahren sollte die erste Geige aufspielen.

Nun müssen die Hanseaten bis 2016 warten, so die Planung.

Da hingegen ist das Palmendesaster von Rahlstedt/Hamburg bei einem Steuerverschwendungsbetrag in Höhe von 15.000 Euro fast ein Schnäppchendesaster. Die Bezirkspolitiker wollten das Umfeld begrünen und so ließ die Verwaltung im Jahr 2011 zwölf Palmen pflanzen, die den Winter nicht überlebten und eingingen. Ein Gutachten, dass die Verwaltung daraufhin erstellen ließ, kam zu dem Ergebnis, dass die Pflanzen für den Standort völlig ungeeignet waren.

Als krönender Abschluss sei die BayernLB genannt, die selbst vom Schwarzbuch der Steuerzahler als „Dauerbrenner“ bezeichnet wird. Es geht unter anderem um leichtsinnige Anlagepolitik, Investitionen in Luxushotels, verschleierte Zahlungen um sogenannte „Beraterhonorare“ und eine Klage von „Holocaust-Opfer gegen Banken-Diebstahl“ gegen die ungarische Tochter MKB-Bank. Ein Beispiel, an dem die Vetternwirtschaft a la Griechenland deutlich wird. Bei der Sanierung der Autalhalle in Niederhausen/Hessen wurde die Europaweite Ausschreibung für die Architekturleistungen dadurch umgangen, in dem der Bürgermeister der Gemeinde den Gesamtauftrag anstatt in einem Vertrag in drei aufgliederte und somit unter dem Schwellenwert von 206.000 Euro geblieben ist. Keiner von den Volksvertretern muss jedoch in voller Höhe für den angerichteten Schaden am Volkseigentum aufkommen.

Im Gegenzug zu Nichtskönnern wie Wowereit, Schröder und Co., müssen zwei Beamten aus dem Landkreis Holzminden für ihr Vergehen im Amt die Köpfe hinhalten. Wie, ob in Form einer zu entrichtenden Geldbuße, Kürzung der Dienstbezüge oder Zurückstufung im Laufbahnamt, ließ die Landrätin offen. Was war passiert? Die Abfallwirtschaft Landkreis Holzminden hatte nach einer Ausschreibung einen Vertrag zu Müllverbrennung mit einem neuen Partner abgeschlossen, jedoch versäumt, den bestehenden Müllverbrennungsvertrag mit dem alten Partner rechtzeitig zu kündigen. Somit muss der Landkreis bis 2014 zwei Verträge bedienen.

Die BetrügerInnen aus der Bundesdeutschen Regimeelite, stopfen sich im Namen des Volkes die Taschen mit Steuer- und Bestechungsgelder voll, retten Banken und verschulden somit uns auf Generationen. Alles zum „Wohle und Nutzen des Volkes“. Vor dem Gesetz sind alle gleich, heißt es, nur gibt es eben immer wieder Leute, die sind gleicher als die anderen. Denkt mal darüber nach, wenn MinisterIn, KanzlerIn oder BundespräsidentIn bei ihrem Amtsantritt den Eid schwören: „... so wahr mir Gott helfe.“

Horch und Guck: Horchs Regimekritik (Teil 2)

»Und wie willst du deine Neuordnung der Gesellschaft den Unternehmen und Konzernen schmackhaft machen? Wenn man denen mit sozialer Gerechtigkeit kommt, drohen die mit Abwanderung und Verlagerung ihrer Unternehmen ins Ausland und bringt somit Arbeitsplätze in Gefahr.«

»Wir brauchen denen gar nichts schmackhaft machen. Sie haben die Wahl entweder sozial gerechter zu handeln oder sie können das Land verlassen.«

»Und dann sind alle Arbeitsplätze weg«, warf Guck ein.

»Mit Nichten, denn selbstverständlich wäre der Abzug der Unternehmen mit Bedingungen verbunden. Die Unternehmenseigner dürften lediglich den zu Beginn in das Unternehmen investierten Betrag mitnehmen, die durch die Angestellten und Arbeiter erwirtschafteten Gewinne würden durch den Staat konfisziert und verblieben im Unternehmen, welches bis zur Findung eines neuen, sozialerem Management, von einem, vom Staat bestimmten Verwalter geführt würde. Selbstverständlich

verblieben auch, Patente, Forschungsergebnisse und das Wissen um spezielle Fertigungsprozesse in dem Unternehmen.«

»Du willst die Konzerne enteignen?«, fragte Guck erstaunt.

»Na klar, warum nicht. Sie bedrohen die Volkswirtschaft und auf diese Bedrohung darf die Politik nur eine Antwort kennen. Zudem sagen die Politiker doch immer, der Deutsche Staat lässt sich nicht erpressen. Was für Terroristen und die Organisierte Kriminalität gilt, muss doch auch für die organisierten Verbrecher aus der Wirtschaft gelten, wenn sie den Arbeitsplatzabbau als Druckmittel verwenden. Was glaubst du, wie das Land wirtschaftlich aufblüht, wenn nicht mehr die Aktienkurse und Dividenden im Vordergrund stehen, sondern ein gerechter Lohn, Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Zuschläge für Sonderschichten. Die Kaufkraft läge endlich wieder in den richtigen Händen. Und das wäre alles kein Problem, wenn wir, wie ich bereits eingangs erwähnte, die dafür geeigneten Bürgerinnen und Bürger in den Politik hätten.«

»Das hört sich gut an, aber was machst du mit den Leuten, die aufgrund von technischem Fortschritt ihren Arbeitsplatz verlieren? Nimm die Landwirtschaft, die Automobilbranche oder die gern genommene Fertigbauweise von Häusern. Überall müssen Menschen den Maschinen Platz machen.«

»Auch dafür hält mein Plan eine Lösung bereit. Jedes Unternehmen, das Mitarbeiter kündigt, weil es die Produktion auf maschinelle Fertigung umstellt, muss das Gehalt der entlassenen Arbeiter weiterhin und in voller Höhe ausbezahlen. Im Gegenzug erhält das Unternehmen schließlich einen Mitarbeiter, der vierundzwanzig Stunden am Tag ohne Pausen arbeitet, keinen Lohn und somit auch keine Lohnerhöhung verlangt, keinen Urlaub braucht und keine Sonderzahlungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld verlangt und wenn er krank wird, kommt der Werksmechaniker vorbei und zieht ein paar Schrauben nach, ölt die Gelenke oder optimiert das interne Arbeitsprogramm. Das Geld, was mit der Anschaffung von

modernen Fertigungsstraßen verdient wird reicht aus, um die entlassenen Arbeiter zu bezahlen, die somit nicht auf Leistungen vom Staat angewiesen sind, und reicht auch noch aus, um den Aktionären eine kleine, aber angemessene Dividende auszuzahlen. Die Unternehmen müssen endlich wieder lernen, die Verantwortung für ihre Angestellten zu übernehmen. Früher hatten die Unternehmerinnen und Unternehmer noch das Bewusstsein, für das Wohlergehen ihrer Arbeiter und Angestellten sowie deren Familien verantwortlich zu sein. Heutzutage befinden sich an der Spitze der Konzerne meistens nur noch irgendwelche korrupten Mächtigen-Manager, die alle paar Jahre das Unternehmen wechseln und sich einen Dreck um ihre Angestellten scheren.«

»Die Leidtragenden wären somit die Spekulanten, Banker und Aktionäre, sie würden ihre Arbeit, die Provision und oder die Dividenden verlieren«, merkte Guck an.

»Dann würde es endlich die richtigen treffen, die in den sauren Apfel beißen müssen. Drecksbande. Aber auch für diesen Fall habe ich ein schönes Beispiel parat. Die Finanzkrise, die im 1637 in Holland ausgelöst wurde. Damals wurden Tulpenzwiebeln für umgerechnet bis zu 87.000 Euro das Stück gehandelt. Als diese Spekulationsblase platzte, sind die Banker, Gläubiger und Spekulanten zur niederländischen Regierung gegangen und wollten staatliche Mittel erhalten, „da ansonsten das Land pleite wäre“. Und weißt du, was die Regierung nach zweitägiger Beratung verkündet hat?«

»Nein, was?«, erwiderte Guck.

»Ich zitiere: Die Tulpenzwiebelnspekulationen sind in einer Art Fieber zustande gekommen, also im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit. Bei Spielsucht ist aber nicht der Staat zuständig sondern der Arzt – Zitat Ende. Infolge dessen kam es zu einer Selbstmordwelle unter Bankern und Spekulanten. Reicht die Antwort zur Lösung des Problems?«

Guck war sprachlos und so fuhr Horch mit seiner Ausführung fort.

»Und wenn unsere verkommene Regierung endlich mal für das Volk arbeiten würde wie es der von ihnen abgelegte Eid ihnen abverlangt, müssten die Nachrichten nicht mit völlig belangloser Allerweltsscheiße von ihren Taten ablenken. Aber um ihren begangenen Meineid zu verbergen, halten sie uns das Leid der andren vor die Augen. Du musst dir nur mal die Nachrichten anhören, da geht es um Syrien – weiß Gott nicht unwichtig – aber der Verhältnismäßigkeit nicht unbedingt jeden Tag aufs neue erwähnenswert. Der Wahlkampf in Amerika mag für Spekulanten und Investoren von Bedeutung sein, aber für uns ändert ein Obama genauso wenig wie eine Merkel oder ein Steinbrück als Bundeskanzler. Selbst die Tagesschau, einst eine wertvolle Nachrichtensendung ist zum Boulevard Magazin verkommen. Horch schaute auf die Uhr, die an der Wand hing, ging zum Radio und schaltete es ein. »Es ist kurz vor zwei, gleich kommen die Nachrichten, hör´ dir mal an, was da für eine Scheiße als immens wichtig und berichtenswert erachtet wird.«

(-KURSIV ANFANG-) »Es ist 14 Uhr, die Nachrichten. Die Eröffnung des Flughafen Berlin-Brandenburg ist erneut verschoben worden. Ministerpräsident Platzeck teilte auf der heutigen Pressekonferenz mit, dass die Arbeiten nicht vor 2014 abgeschlossen sein werden. Weiteres kann aber erst nach genaueren Beratung mit den beteiligten Unternehmen bekannt gegeben werden.

Die Opposition wird in der nächsten Versammlung einen Misstrauensantrag gegen Wowereit stellen, der jedoch an der Koalitionsmehrheit scheitern wird. Die Berliner Bürger stehen weiterhin hinter Wowereit. Laut einer Umfrage wollen 52 Prozent der Befragten, dass Wowereit weiterhin als Bürgermeister im Amt verbleiben soll.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die Studie über den

Sexuellen Missbrauch von Minderjährigen in Katholischen Einrichtungen vorerst gestoppt. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen, unter der Leitung von Christian Pfeiffer, soll seine Arbeit nicht weiter fortsetzen.

Die Baukosten für das Stadtschloss in Berlin Mitte und die Sanierung vom Pergamonmuseum werden die veranschlagten Baukosten um einen bislang nicht genauer bezifferten Betrag übersteigen. Das Wetter...«(-KURSIV ENDE-) Horch schaltete das Radio aus.

„Was habe ich dir gesagt?“, fragte Horch.

„Wieso? Das waren doch alles Nachrichten, die im direkten Zusammenhang mit uns stehen“, antwortete Guck.

„Das meine ich nicht. Ich meine den Inhalt. Es geht nur um Lug, Betrug und diesmal sogar auch noch um die, vom Heiligen Stuhl entsandten Kinderficker.“

»Heiliger Stuhl!«, sagte Guck grinsend.

»Was grinst du so blöd?«, fragte Horch.

»Na, verstehst du nicht?“, und Guck betonte „Heiliger Stuhl! Diese Bezeichnung weckt in mir, bezugnehmend auf die Nachrichten, eine ganz andere Assoziation – einen Kothaufen mit Heiligenschein.«

»Was anderes sind die Pfaffen, die sich an Kindern vergehen auch nicht, als ein, in Kutten gehüllter Haufen Scheiße, tätig im Namen des Herrn. Und Wowereit lungert auf dem Canapés und poliert sich die Rosette...“

»Lässt polieren«, warf Guck ein und grinste.

»Von mir aus, lässt polieren«, lenkte Horch ein und setzte seine Ausführung fort. „Auf jeden Fall kümmert er sich einen Scheißdreck um seine Aufgaben in dieser Stadt. Diese Unfähigkeit, die ich ihm übrigens seit Beginn seiner Amtszeit

vorwerfe, wird ihm nun hoffentlich zum Verhängnis. Dass schlimme ist nur, das SPD und CDU diesem schmarotzenden Nichtskönner auch noch den Rücken stärken, anstatt ihn der Medienlandschaft zum Fraß vorzuwerfen. Allen voran die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, die da sagte, (KURSIV ANFANG) es gibt für einen Rücktritt Wowereits gar keinen Grund, er habe sich – im Gegensatz zur öffentlichen Meinung – dem Flughafen Projekt intensiv angenommen. (KURSIV ENDE) Wenn dem so ist wie Frau von und zu Nahles sagt, dann hat er sich der Verschleierung von Missständen und somit der Beihilfe zum Volksbetrug schuldig gemacht, was mich zu meinem bereits erwähnten Plan und dem damit verbundenen Rekordversuch zurückkommen lässt, mit der größten, zeitgleichen Exekution von Volksverrätern einen Eintrag in das Guinness Buch der Rekorde zu bekommen.«

Guck schüttelte den Kopf: »Du hast doch gehört, was die Nachrichten berichtet haben, 52 Prozent der Berliner wollen Wowereit weiter als Bürgermeister im Amt sehen. Aber dass ausgerechnet der Plagiatverfasser und CDU-Fraktionschef, Florian Graf Partei für einen Versager wie Wowereit ergreift ist schon fast bezeichnend für das Verhalten unserer Politiker. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus, auch wenn sie einer anderen Partei angehört.«

»Du sagt es, wir werden von Betrügnern, Lüggnern und Versagern regiert. Die Gefahr ist nur, das die Weltverschwörer Recht behalten könnten, und sich das Volk bei den ganzen Vollidioten im Amt eine einzige Person wünscht, der sie ihr Vertrauen schenken können – einem Führer sozusagen. Dabei vergessen die Leute, das auch ein Führer Mitarbeiter benötigt, und wer sollte das wohl anderes sein, als unsere bisherigen Volksverräter. Gesindel.« Horch drehte sich im Raum herum, so dass eventuell versteckte Abhörmikrofone jedes Wort verstehen würden können und fügte an: »Wenn der Spruch nicht so negativ belastet wäre, würde ich skandieren: Volk steh' auf und Sturm brich los!«

»Beim Staatsschutz brauchst du keine Sorge haben«, sagte Guck. »Wenn die uns wirklich abhören sollten, haben die bei dem Spruch gerade Haltung angenommen und ihnen sind Tränen der Wehmut in die Augen gestiegen.«

»Wie gesagt, das Regime und seine Handlanger können mich mal kreuzweise. Diesmal müssten keine unschuldigen Bürger um ihr Leben fürchten oder ein Nachbarstaaten Angst haben wir würden über sie herfallen. Die Staaten um uns herum hätten lediglich einen Ansturm von unzählig dekadenten Arschlöchern zu befürchten, die, aus Deutschland vertrieben, in ihrem ganz eigenen Duktus um politisches Asyl bitten würden.“ und setzte nach „Schäuble sollte lieber schon mal die Slicks aufziehen, wegen der Straßenhaftung und so.«

»Bei den Schlaglöchern im Straßenbelag würde ich Rallyreifen empfehlen«, sagte Guck und fing an zu lachen bei der Vorstellung wie Schäuble über das desolate Straßenpflaster aus dem Land rollt.

»Ich habe mich letztens mit einem Bekannten unterhalten, der mir im Gespräch über die Probleme Hierzulande sagte, er würde sich am liebsten eine Knarre besorgen und irgendeinen der Idioten aus der Regierung umlegen, irgendeinen. Nur um endlich mal ein Zeichen zu setzen.«

»Na ja, es wäre auf jeden Fall sichergestellt, dass es keinen falschen erwischt, es sei den irgendein Pflichtbewusster und überaus motivierter Leibwächter schmeißt sich aufopferungsvoll in die Schussbahn«, fügte Guck an.

»So ein Auftritt wie beim Attentatsversuch auf den Vorsitzenden der bulgarischen Partei DPS, Ahmed Dogan wäre grandios. Vor laufenden Kameras, rauf auf die Bühne und Knarre raus – Peng aus Nikolaus. Wobei ich den Attentatsversuch keinesfalls für gut erklären möchte, aber die Vorgehensweise war schon brilliant. Dabei gibt es nur ein Problem, der wahre Grund für die Tat würde durch die offiziellen Stellen

vertuscht und dem Attentäter eine geistige Umnachtung unterstellen werden anstatt ihn als Helden zu verehren.«

Horch und Guck: Im Bundestag

Nach dem langen und düsteren Winter war es ein sonniger Frühlingsstag. Horch und Guck unternahmen mal wieder einem ihrer Spaziergänge durch die Stadt. Für ihren Ausflug hatten sie sich vorgenommen, über die Oranienstraße, die Rudi-Dutschke-Straße, vorbei am Brandenburger Tor bis in das Regierungsviertel vorzustoßen. Sollten sie die Bannmeile ungehindert passieren können, wollten sie, so sah es ihr Plan vor, sich eine Debatte im Bundestag zu Gemüt führen. Auf der Tagesordnung der Regierenden stand eine Diskussion über die Zustimmung der Bundesregierung zum Fiskalpakt der EU.

Vor Ort angekommen, stellten sie sich in die unerwartet kurze Schlange der anderen interessierten BesucherInnen. Nachdem sie die Einlasskontrollen über sich ergehen lassen haben, begaben sie sich zu einer Gruppe, die allem Anschein nach auch darauf wartete auf die Zuhörertribüne gelassen zu werden. Nach einer kurzen Einweisung durch den Saaldiener, die mit „hinsetzen und Schnauze halten“ übersetzt werden kann, wurden sie gemeinsam mit den anderen zu ihren Sitzplätzen geführt. Kaum hatten sie Platz genommen ging es schon los und Horch merkte an: „Na, da kommen wir genau richtig, Wolle rollt gerade ans Mikro. Ich bin mal gespannt was uns der Bundesfinanzminister heute wieder für Lügen auftischt.“

„...weil gelegentlich gesagt wird, wir würden von einer Maßnahme zur nächsten gehen; aber das alles hat Konzept und Sinn –, neben der Bekämpfung der Ursachen in den Mitgliedstaaten, neben der Schaffung einer dauerhaften

Stabilitätsunion, eine zentrale Maßnahme zur Bekämpfung von Ansteckungsgefahren. Wir haben für die systemrelevanten Banken in Europa sichergestellt, dass sie alle über genügend Kapital verfügen, damit uns das nicht wieder passiert, was uns 2008/2009 passiert ist. Deswegen haben wir den Bankenstresstest durchgeführt, der sicherstellt, dass alle systemrelevanten Banken in der Euro-Zone mit dem nötigen Kapital ausgestattet sind. Das ist ebenfalls ein Beitrag im Rahmen unserer Gesamtstrategie, um die Stabilität unserer gemeinsamen europäischen Währung dauerhaft sicherzustellen.“

(Quelle: Plenarprotokoll 17/172, Deutscher Bundestag, 29.03.2012)

„Wenn ich dieses Gerede schon höre, Bankenstresstest und die Sorge um das Kapital der systemrelevanten Banken“ zischte Horch „ich werde es Osama nie verzeihen, dass er damals meinen Plan, sich mit mehreren Flugzeugen in das Bonner Regierungsviertel zu stürzen und die Saubande auszumerzen für seine Zwecke missbraucht hat um sich für die Politik der westlichen Welt an Unschuldige zu rächen.“ Guck erwiderte: „Hör´ lieber zu was er noch so vom Stapel lässt das war bestimmt noch nicht alles.“

„Wir brauchen die drei Programme für Irland, Portugal und Griechenland.“ fuhr Schäuble in seiner Rede fort und erwähnte des Weiteren „Ich bin ganz sicher, dass die internationale Gemeinschaft im Internationalen Währungsfonds den solidarischen Beitrag der Europäer zur Vermeidung der Ansteckungsgefahr im Euro-System anerkennt und ihren Beitrag für die globale Weltwirtschaft nicht verweigern wird. Wir treffen unsere Entscheidung in Europa, so wie es alle von uns erwarten. Mit diesen Entscheidungen werden wir die Verunsicherung auf den Märkten dauerhaft beseitigen können, es sei denn, es würde wieder bewusst Verunsicherung geschürt.“

(Quelle: Plenarprotokoll 17/172, Deutscher Bundestag, 29.03.2012)

Horch dem die Zornesröte langsam zu Kopf stieg, pöbelte leise zu Guck herüber: „Die Verunsicherung der Märkte? Was soll der Scheiß mit „...zur Vermeidung der Ansteckungsgefahr wird die EU ihren Beitrag für die globale Weltwirtschaft nicht verweigern“? Ich wäre froh wenn der IWF endlich mal nein sagen würde und die Zahlung verweigert, aber die stecken ja eh alle unter einer Decke – Drecksgesindel.“

Das Ende seiner Rede beschloss Schäuble mit den Worten: „Wir wissen, dass alle diese Diskussionen, Verunsicherungen und Entscheidungen unsere Bevölkerung mit großer Sorge erfüllen. Deswegen ist es wichtig, dass wir klar und verlässlich erklären, warum wir welche Entscheidungen treffen. Mit den Entscheidungen, für die wir heute die Gesetzgebungsverfahren eröffnen, gehen wir einen entscheidenden weiteren Schritt, um unsere europäische Währung dauerhaft stabil zu machen, das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen und damit eine Voraussetzung zu schaffen, dass wir auch weiterhin solides Wirtschaftswachstum als Grundlage von sozialer Sicherheit haben. Dazu bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.“

(Quelle: Plenarprotokoll 17/172, Deutscher Bundestag, 29.03.2012)

„Was hat er gesagt?“ flüsterte Horch. „Er hat gesagt, dass die Politik das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen muss“ erwiderte Guck flüsternd. Horch schaute seinen Freund fragend an der daraufhin etwas lauter wiederholte: „Die Politik muss dass Vertrauen der Wirtschaft gewinnen.“ Horch hatte noch immer seinen fragenden Gesichtsausdruck, sodass Guck nun seine Aussage genervt betont wiederholte: „ER HAT GESAGT, DASS DIE REGIERUNG DAS VERTRAUEN DER WIRTSCHAFT ...“ – „Ich habe es verstanden was er gesagt hat, aber ich konnte es nicht glauben“ unterbrach ihn Horch. „Was faselt der da von dem Vertrauen der Finanzmärkte? Er sollte sich lieber Gedanken um die Bevölkerung und deren Vertrauen in die Politik machen. Vor allem sollte er aufhören Worte wie „klar“ und „verlässlich“ zu gebrauchen den wenn hier eines „klar“ ist dann, das man sich

darauf „verlassen“ kann, dass man sich auf nichts „verlassen“ kann außer, dass sie uns verarschen, abzocken und ausbluten lassen wollen.“

Der Saaldiener, dem die Unterredung von Horch und Guck gänzlich missfiel, warf einen verächtlichen Blick zu den Beiden herüber und machte sie per Handzeichen darauf aufmerksam, dass sie auf weitere Unterhaltung zu unterlassen hätten. Kurz darauf trat Gregor Gysi an das Rednerpult um seine Sicht der Dinge zum Fiskalpakt zu verkünden und legte auch gleich los:

„Der EU-Wettbewerbskommissar Almunia – falls Sie mir nicht glauben – stellte jetzt fest: Allein von 2008 bis 2010 haben die EU-Staaten mehr als 1.600 Milliarden Euro bzw. 13 Prozent ihrer gesamten Wirtschaftsleistung, also der Wirtschaftsleistung der 27 EU-Staaten, für die Rettung von Banken ausgegeben. Aber Sie sprechen von einer Staatsschuldenkrise, damit die Leute glauben, sie hätten zu viel verbraucht oder, wie Frau Merkel sagt, über ihre Verhältnisse gelebt. Sie wollen die Banken, Hedgefonds und Spekulanten aus dem öffentlichen Blick verdrängen. Das können wir nicht zulassen.“

(Quelle: Plenarprotokoll 17/172, Deutscher Bundestag, 29.03.2012)

Horch und Guck schlossen sich dem Beifall der überwiegend Linken-Abgeordneten an. „Wenn der nicht auch seine Leichen im Keller hätte, könnte man ihm fast glauben er spricht aus wahrer Überzeugung“ moserte Horch – „Dennoch ist er mir lieber als der ganze politische Unrat der sich sonst noch so da unten versammelt hat.“ erwiderte Guck.

Ein paar Rednerinnen und Redner später war Priska Hinz, die haushaltspolitische Sprecherin, vom Bündnis90/Die Grünen dran: „Meine Damen und Herren, im Rahmen der Krisenpolitik ist der

Fiskalpakt mit der Einführung von Schuldenbremsen ein Baustein einer mittelfristigen soliden Staatsfinanzierung, aber mehr auch nicht. Es ist bislang völlig unklar, wann die anderen Mitgliedstaaten den Fiskalpakt ratifizieren wollen. Mindestens zwölf Staaten sagen: in der Zeit vom Sommer bis zum Winter. Weil wir Grüne der Meinung sind, dass zu diesem Baustein weitere Mosaiksteine dazugehören, etwa die Finanztransaktionssteuer, der Schuldentilgungsfonds und vor allen Dingen wirtschaftliche Impulse...“

(Quelle: Plenarprotokoll 17/172, Deutscher Bundestag, 29.03.2012)

Horch lief schon wieder rot an: „Es sind doch nicht die Staaten die finanziert werden müssen. Die Banken und Spekulanten sind die Ursachen für die Schuldenkrise! Schau dir Spanien an, die Exportzahlen lagen 2003 bei knapp 160 Milliarden Euro und liegen nach dem Einbruch im Krisenjahr 2009 im Jahr 2010 immer bei 253 Milliarden Euro und auch der Tourismus der zusammengebrochen ist erholt sich wieder. Wieso kann dieser Staat pleite gehen das stinkt doch zum Himmel.“

Als Gerda Hasselfeld, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, ihre Rede anfang, hatten Horch genug. „Ach komm wir gehen, diesen Mist kann ich mir nicht länger anhören“ und stand auf um den Saal zu verlassen. „Warten sie bitte bis zu nächsten Redepause“ versuchte der Saaldiener Horch und Guck aufzuhalten. Horch von der hochnäsigen Art des Saaldieners genervt entgegnete ihm: „ICH KANN AUCH MAL GANZ KURZ KUND TUN, WAS ICH VON DEM PACK IN DER ARENA DA UNTEN HALTE“. Die anderen Zuhörer drehten sich teils amüsiert teils missfallend dreinschauend zu den Dreien um. Der Saaldiener erkannte die Aussichtslosigkeit seines Vorhabens und ließ die Beiden gewähren.

An der frischen Luft und in Freiheit merkte Horch an. „Nun ja, das sollte man mal erlebt haben, aber ein Wiederholungstäter werde ich diesbezüglich nicht. Ich schaue mir die Debatten

dann doch lieber von zu Hause aus an. Dabei kann ich meinen Frust wenigsten gleich lautstark kund tun und die Nachbarn haben auch noch was davon.“ Guck nickte zustimmend und sie machten sich auf den Heimweg der ohne besondere Vorkommnisse verlief.

Horch & Guck – Die Meisterspione a. D.